

„Mehr, aber kleinere Erstaufnahmestellen“

Der Bundestagsabgeordnete und Stadtrat Mark Hauptmann (CDU) hat einen offenen Brief an die Landesregierung geschrieben. Er fordert mehr, aber dafür kleinere Erstaufnahmestellen für Flüchtlinge und bessere Betreuung.

Suhl – Die CDU fordert eine Verkleinerung der Erstaufnahmestelle für Flüchtlinge auf dem Friedberg und dafür die Einrichtung weiterer Erstaufnahmestellen im Land. Der Bundestagsabgeordnete und Stadtrat Mark Hauptmann (CDU) begründet das mit einer besseren Betreuung der Flüchtlinge und einer höheren Akzeptanz bei der Bevölkerung. Seine Vorschläge schreibt er in einem offenen Brief an den Landes-

minister für Migration, Justiz und Verbraucherschutz, Dieter Lauinger (Grüne).

„Eine Konzentration beispielsweise bei der Erstaufnahme auf einige wenige Regionen, wie aktuell in Suhl, begünstigt Phantomdebatten, die rechtsradikalen Kreisen in die Hände spielen, und wird weder den Flüchtlingen noch den Anwohnern gerecht“, schreibt Hauptmann. Er befürwortet daher den Aufbau weiterer Erstaufnahmeeinrichtungen.

Im als Provisorium eingerichteten Flüchtlingsheim auf dem Friedberg seien 1189 Flüchtlinge unterschiedlichster Nationalitäten untergebracht. Damit beherberge Suhl als Zweigstelle von Eisenberg bereits heute fast dreimal so viele Flüchtlinge wie die eigentliche Erstaufnahmeeinrichtung, obwohl deutlich weniger Personal zur Verfügung stünde und das Gebäude bis heute nicht den bestehenden Brandschutztechnischen Anforder-

ungen genüge.

Die Einrichtung könne weder die Bedürfnisse behinderter oder verletzter Menschen erfüllen, noch sei eine hinreichende psychologische Betreuung vor Ort gesichert. „Das führt nicht nur zu Konflikten zwischen den Menschen, die häufig traumatisiert und mit einem kulturell völlig unterschiedlichen Hintergrund auf engstem Raum zusammenleben müssen. Genauso trägt eine solche Massenunterbringung zur Verunsicherung der örtlichen Bevölkerung bei, die mit der Integrationsaufgabe alleine gelassen wird“, erklärt Hauptmann. Polizeieinsätze häuften sich, je mehr Personen unterschiedlichster Nationalitäten in der Einrichtung untergebracht seien.



Mark Hauptmann.

Zweckmäßig wäre die zügige Einrichtung weiterer, dezentraler Erstaufnahmeeinrichtungen im ganzen Freistaat mit maximal 500 bis 600 Menschen pro Erstaufnahmeeinrichtung. „Diese Obergrenze ergibt sich aus einer Versorgung möglichst homogener Gruppen in den Einrichtungen, um so

Konflikten vorzubeugen und die Akzeptanz der Bevölkerung zu gewährleisten“, so Hauptmann. Sachsen und Bayern handelten bereits heute nach diesem Verfahren.

Hauptmann appelliert an den Minister, „geltendes Recht anzuwenden und bei erteilten Ablehnungsbescheiden oder illegaler Einwanderung konsequent abzuschieben“. Das Aussetzen von Abschiebungen

erschwere Hilfe für wirklich Schutzbedürftige und setze einen falschen Anreiz für Schleuser, die sich an dem Flüchtlingseiland und Menschenhandel bereicherten.

Anreiz für Zuwanderung

Für Hauptmann steht außer Frage, dass Thüringen und ganz Deutschland auf qualifizierte Zuwanderer angewiesen ist. Er setze sich im Rahmen seines Bundestagsmandates für die Schaffung eines „Anreizsystems für gewünschte Zuwanderung“ ein. In seinem Südthüringer Wahlkreis seien aktuell 190 000 Menschen erwerbstätig. Die Industrie- und Handelskammer Südthüringen (IHK) gehe in einer Schätzung davon aus, dass bis 2030 die Anzahl von Menschen im erwerbsfähigen Alter um 90 000 zurückgehen wird.

Hauptmann befürwortet die Bürgerforen in Suhl, zu denen am kommenden Montag auch Ministerpräsident Bodo Ramelow erwartet wird.